



GEMEINDE UNTERSIEBENBRUNN

2284 Untersiebenbrunn, Hauptstraße 16
T 02286 2320
e gemeindeuntersiebenbrunn@aon.at

Bez. Gänserndorf (NÖ)
F 02286 2320-16
www.untersiebenbrunn.com

Nr. 4/2017

Protokoll der öffentlichen Tagesordnungspunkte

der Sitzung des Gemeinderats

am Mittwoch, dem 13. Dez. 2017,

im Gemeindeamt Untersiebenbrunn, OG, großer Sitzungssaal

Beginn: 19.30 Uhr
Ende: 21.42 Uhr

Die Einladung erfolgte am 07. Dez. 2017 via eMail.

Anwesend	Bürgermeister	Reinhold Steinmetz
	Vizebürgermeister	Manfred Egel
	gf Gemeinderäte	Dieter Dorner Ing. Johann Vesely Helmut Wagner Dagmar Zier
	Gemeinderäte	Christoph Baumgartner Mag. Alexandra Dorner Michael Egel Barbara Eliasek Simone Haidvogel Walter Schalek Mag. Christine Staudigl Herbert Steindl Michael Uher Ing. Gerhard Zier
entschuldigt		Michael Heller Karl Silhengst Mag. Michael Zier
unentschuldigt		entfällt
Schriftführung		Gudrun Zauner
Vorsitz	Bürgermeister	Reinhold Steinmetz

Die Sitzung ist öffentlich. Die Sitzung ist beschlussfähig.

Bgm. Steinmetz bringt einen Dringlichkeitsantrag ein, verliest ihn und stellt den

Antrag: Der Gemeinderat möge die Aufnahme des Dringlichkeitsantrags „Subvention Musikverein Untersiebenbrunn“ in die Tagesordnung der heutigen Sitzung aufnehmen.

Abstimmungsergebnis: dafür: einstimmig (FPÖ, ÖVP, SPÖ)

Beschluss: angenommen

Bgm. Steinmetz legt die Behandlung des Punktes als TOP 17) „Subvention Musikverein Untersiebenbrunn“ nach TOP 15) in öffentlicher Sitzung fest.

Die GR Mag. Alexandra Dorner und Herbert Steindl sowie gfGR Dieter Dorner haben einen Dringlichkeitsantrag eingebracht, dieser wird jedoch zurückgezogen.

Zu TOP 1) Protokoll der Gemeinderatssitzung vom 12. Okt. 2017

Zum Protokoll der Gemeinderatssitzung vom 12. Okt. 2017 ist keine schriftliche Stellungnahme eingelangt. Das Protokoll ist somit endgültig.

Zu TOP 2) Friedhofsgebührenordnung

Der Beratung in der letzten Gemeinderatssitzung folgend, wurde die Friedhofsgebührenordnung vereinfacht. Die aktuell verrechneten Gebühren wurden durch Zusendung der Gebührenordnung vom Amt der NÖ Landesregierung bestätigt.

Der Finanzausschuss hat in seiner Sitzung am 22. Nov. 2017 beschlossen, dem Gemeinderat die Beschlussfassung des vorgelegten Entwurfs zu empfehlen. Ebenso haben sich die Mitglieder des Gemeindevorstands für die Verordnung in vorgelegter Form ausgesprochen.

Bgm. Steinmetz stellt den

Antrag: Der Gemeinderat möge die Friedhofsgebührenordnung gemäß beiliegendem Entwurf beschließen.

Abstimmungsergebnis: dafür: einstimmig (FPÖ, ÖVP, SPÖ)

Beschluss: angenommen

Zu TOP 3) IST-Mobil

Die Informationsveranstaltung für die Mitglieder der Gemeinderäte Obersiebenbrunn, Glinzendorf und Untersiebenbrunn fand statt, die Ergebnisse wurden ausgesandt.

Bgm. Steinmetz hält das Projekt für grundsätzlich interessant, laut MAREV-Büro haben sich vier Gemeinden bereits dafür ausgesprochen. Die Stadtgemeinde Korneuburg verwendet IST-mobil seit 2015 gemeinsam mit 17 Gemeinden des Bezirks Korneuburg.

Die Gemeinderäte der Gemeinden Eckartsau, Lasee, Groß-Enzersdorf und Obersiebenbrunn haben sich gegen das Projekt entschieden, acht andere haben Beschlüsse für die Teilnahme gefasst. Im bestehenden AST-System werden bestimmte Stellen zu bestimmten Zeiten angefahren und ist auch nur ein bestimmter Streckenverlauf möglich. IST-Mobil ist flexibler, kostet dadurch mehr. Geplant ist, das gesamte MAREV-Gebiet und die U2-Station Seestadt, die Schnellbahnstation Süßenbrunn und die Spitäler in Hainburg/Donau und Mistelbach anzufahren. Der Gemeindeanteil wird voraussichtlich auf rund 8000 Euro sinken, da das BMVIT das Projekt als förderwürdig einstuft und daher eine zusätzliche Subvention erwartet wird.

GR Bmstr. Ing. Gerhard Zier fasst seine Eindrücke der Informationsveranstaltung zusammen und bezeichnet sie als laienhaft, schlecht vorbereitet und bezweifelt, dass die Fuhrparkplanung für die erwarteten 27.000 Fahrten pro Jahr nicht ausreicht. Daher sei auch die Finanzierungserwartung zu optimistisch und er befürchtet höhere Kosten für die Gemeinde als dargestellt wurde.

Das AST (Anrufsammeltaxi) hat in starken Jahren Kosten von ca. 2500 bis 3000 Euro für die Gemeinde bedeutet, im heurigen Jahr werden es voraussichtlich nur ein paar Hundert Euro sein, das IST-Mobil wird geplant € 11.840,00/Jahr kosten.

Der Bürgermeister schlägt als Antragskompromiss vor, diesen für drei Jahre verbindlichen Beschluss von der Zustimmung von mindestens 80 % abhängig zu machen. Diesen Vorschlag befürwortet GR Bmstr. Ing. Gerhard Zier mit der Ergänzung um eine jährliche finanzielle Obergrenze.

gfGR Dagmar Zier erkundigt sich, ob jemand, der sich z. B. nach Obersiebenbrunn – die Gemeinde wäre nicht im IST-Bereich – führen hat lassen, von dort auch wieder abgeholt werden würde. Diese Details sind erst in Ausarbeitung bestätigt Bgm. Steinmetz. Auf die Vervielfachung der finanziellen Belastung der Gemeinde Untersiebenbrunn, besonders wenn nicht alle Gemeinden mitwirken, weist GR Steindl hin. Das AST könnte deutlich verbessert werden, wenn deren Fahrpläne an die ÖBB-Fahrpläne angepasst würden, ist sich GR Bmstr. Ing. Gerhard Zier sicher.

GR Steindl hat sich in einigen Gemeinden im Bezirk Korneuburg bezüglich der Nutzung durch die Bevölkerung umgehört. Gut angenommen wird IST-Mobil in und zwischen den Städten Korneuburg und Stockerau. Außerhalb dieses Kernbereichs ist die Nachfrage sehr überschaubar, am besten noch als Heurigentaxi. Er kritisiert weiter, dass in den dargestellten € 40.000,00 Projektkosten bereits Anschaffungen der Betriebsmittel (Tablets etc.) enthalten sind. Er ersucht um einen weiteren Informationstermin, an dem auch ein Vertreter der Betreiberfirma teilnehmen soll. Offen sei jedenfalls noch die Frage, ob Gemeinden, die nicht Mitglied sind, angefahren werden, denn in Untersiebenbrunn wurde dies bejaht, in der Gemeinde Weiden verneint.

Bgm. Steinmetz verweist auf die vergleichsweise günstigen Kosten für den Fahrgast, die rasche Reaktionszeit von maximal 30 min tagsüber, das sehr dichte Haltepunktenetz und die bequemen Bestellmöglichkeiten. Er hält auch fest, dass sich die Quote von 80 % auf die Anzahl der beteiligten Gemeinden bezieht, das bedeutet, dass mindestens 19 Gemeinden mitmachen müssten. gfGR Dieter Dorner betont, dass die Kosten auch in Hinblick auf die erzielbare Qualitätsverbesserung zu hoch sind. Dies bekräftigt auch GR Bmstr. Ing. Gerhard Zier, der nochmals die Kostenplanung anzweifelt.

Die Mitglieder des Gemeinderats verständigen sich darauf, die Beratung in einer der nächsten Sitzungen weiterzuführen. Davor ist ein weiterer Informationstermin mit dem Mobilitätsmanagement und der IST-mobil GmbH erforderlich. Der Bürgermeister wird gebeten, den beteiligten Stellen die grundsätzlich positive Einstellung mitzuteilen.

Zu TOP 4) Prüfungsausschusssitzung vom 20. Nov. 2017

Bgm. Steinmetz erteilt dem Ausschussvorsitzenden, GR Bmstr. Ing. Gerhard Zier, das Wort. Dieser verliest das Protokoll. Der Bürgermeister nimmt wie folgt Stellung:

Zu TOP 1) Es ist dem Bürgermeister – wie auch in der letzten Sitzung bereits festgehalten – bewusst, dass die Vorgangsweise eines Erinnerungsanrufs nicht der Gemeindeordnung entspricht, bleibt dennoch bei diesem menschlichen Zugang zur Problemlösung.

Zu TOP 2) Der Bürgermeister bestätigt, dass die Aufschließungsabgabe nach Bauplatzerklärung bzw. Einreichung eines Bauvorhabens vorgeschrieben werden muss und nicht an Gemeinderatsbeschlüsse oder Kaufvertragsdaten gekoppelt ist. Die richtige Vorgehensweise wäre die Verschreibung der Abgabe und eventuelle Gewährung einer Förderung gewesen. Da jedoch der Wille des Gemeinderats, der bedauerlicherweise nicht schriftlich festgehalten wurde, erfüllt wurde und die Verjährung bereits eingetreten ist, sieht er keinen weiteren Handlungsbedarf.

Zu TOP 3+4) Bgm. Steinmetz betont, dass alle offenen Punkte behoben sind, wie er gemeinsam mit Ing. Tröster (Büro DI Sodl) bei einer Begehung festgestellt hat. Dem widerspricht der Ausschussvorsitzende unter Hinweis auf die Eingangstüre der Volksschule und die Aussagen des Gebietsbauamts Korneuburg. Auch Bgm. Steinmetz verweist auf das Gebietsbauamt und vorliegende Bestätigungen. GR Bmstr. Ing. Gerhard Zier berichtet auch von dem versperrten Fenster vor der Fluchtleiter. gfGR Ing. Vesely bestätigt, dass die verwendete Eingangstüre nur dann legal ist, wenn es eine ausdrückliche Genehmigung der zuständigen Stelle gibt.

Auf die Bestimmungen des § 82 der NÖ Gemeindeordnung hinsichtlich schriftlicher Äußerungen von Bürgermeister und Kassenverwalter weist gfGR Dieter Dorner hin, da diese den Sitzungsunterlagen nicht beigegeben waren. Der Bürgermeister hält fest, dass seine jetzigen Aussagen schriftlich im Protokoll zu finden sein werden.

Zu TOP 3+4) Bgm. Steinmetz führt weiter aus, dass sowohl der Hersteller, der Bausachverständigen und die Amtssachverständigen die Eingangstüre für in Ordnung befunden haben. Dem widerspricht GR Bmstr. Ing. Gerhard Zier, da sich der Hersteller auf die Wiener Schulverordnungen bezogen hat und die in der Volksschule verbaute Türe nicht der Definition einer Fluchttüre gemäß NÖ Bautechnikverordnung entspricht.

GR Eliasek ersucht um Vorlage der diesbezüglichen Schriftstücke in der nächsten Gemeinderatssitzung. Dem stimmt der Bürgermeister gerne zu. Dass keine gesonderte behördliche Genehmigung der verwendeten Türe besteht, bestätigt GR Steindl Herrn gfGR Ing. Vesely.

Zu TOP 6) GR Bmstr. Ing. Gerhard Zier bittet den Finanzausschuss um baldige Abklärung der weiteren Gebarungsprüfungen von subventionsempfangenden Vereinen, da die bis dato gepflegte Art scheinbar rechtswidrig ist. Dem hält der Bürgermeister die Freiwilligkeit und den seit Jahren gepflegten Usus entgegen.

gfGR Dieter Dorner stellt den

Antrag auf Schluss der Debatte.

Bgm. Steinmetz erklärt, dass er festlegt, wann ein Tagesordnungspunkt zu Ende ist. Er bekräftigt, dass besonders der Nachweis der zweckentsprechenden Verwendung der Mittel durch Vorlage von Rechnungen wichtig ist.

Nach weiterer Beratung zur Auslegung der Rechtsnormen verweist gfGR Dorner darauf, dass die Debatte nichts mehr mit dem Prüfungsausschussprotokoll zu tun hat.

Zu TOP 5) Rechtsstreit Wolfgang Hafner

Herrn Hafners Auto wurde durch das Überfahren eines auf der Landesstraße vor Leopoldsdorf im Marchfelde liegenden Baums beschädigt. Nach seiner Aussage fiel der Baum direkt vor sein Auto und dieser Baum stünde im Eigentum der Gemeinde Untersiebenbrunn.

Da die Gemeinde die Kosten der Reparatur nach Rücksprache mit Herrn Pratsch, Generali Versicherung AG, nicht übernahm, hat Herr Hafner Mahnklage eingebracht. Um negative Rechtsfolgen für die Gemeinde zu vermeiden, hat Bgm. Steinmetz die Dr. Borns Rechtsanwalts GmbH & Co KG mit der rechtsfreundlichen Vertretung und dem Einspruch gegen die Klage beauftragt.

Zu TOP 6) Resolution Abschaffung des Pflegeregresses

Um die Forderung nach Aufnahme von Gesprächen über eine zukunftsfähige Finanzierung der Pflege zu unterstützen, ersucht der Österreichische Gemeindebund um Beschluss einer Resolution.

gfGR Dieter Dorner hält diesen Resolutionsantrag zum jetzigen Zeitpunkt für sinnlos, da es keine Regierung als Ansprechpartner gibt.

Vzbgm. Manfred Egel stellt den

Antrag: Der Gemeinderat möge die Resolution an die künftige Bundesregierung Österreichs über die „Abschaffung des Pflegeregresses“ beschließen.

gfGR Ing. Vesely findet den Antrag nicht schlecht, verweist jedoch auf die mehrjährige Umsetzungszeit bis es zu einer Entlastung käme. GR Uher berichtet, dass die Krankenpflegerausbildung reformiert wurde und nun auch ein kürzeres Ausbildungsmodul angeboten wird.

GR Bmstr. Ing. Gerhard Zier fasst zusammen, dass die Anträge zweierlei Ziele verfolgen, einerseits das Kostenproblem, andererseits das Pflegesystem an sich. Der Bürgermeister bestätigt dies, spricht sich für das österreichweite Vorgehen gemäß der Empfehlung des Gemeindebundes und gegen eine Vorreiterrolle Untersiebenbrunn hinsichtlich des von gfGR Dieter Dorner gestellten Antrags aus.

Abstimmungsergebnis: dafür: Baumgartner, Manfred Egel, Eliasek, Haidvogel, Schalek, Mag. Staudigl, Steinmetz, Uher, Ing. Vesely, Wagner, Dagmar Zier

enthalten: FPÖ, Bmstr. Ing. Gerhard Zier, Michael Egel

Beschluss: angenommen

Die FPÖ Untersiebenbrunn bringt einen Antrag zu Thema „Pflegepaket“ ein, den gfGR Dieter Dorner verliert.

gfGR Dieter Dorner stellt den

Antrag: Der Gemeinderat möge sich für die schnellstmögliche Errichtung der dringend erforderlichen zusätzlichen Pflegeplätze in den NÖ Landespflegeheimen, für die Schaffung von attraktiven Bundes- und Landesförderungen für Betreiber von privaten Pflegeeinrichtungen und für eine Ausbildungsoffensive in Pflegeberufen – vor allem durch die Einführung des Lehrberufes Pflege aussprechen. Der Gemeinderat möge den NÖ Landtag und die NÖ Landesregierung beauftragen, im eigenen Wirkungskreis und durch Einfordern bei der Bundesregierung sicherzustellen, dass diese Maßnahmen zur Verhinderung eines bevorstehenden Pflegenotstandes schnellstmöglich umgesetzt werden.

Abstimmungsergebnis: dafür: FPÖ

*dagegen: Baumgartner, Manfred Egel, Haidvogel, Steinmetz, Uher,
Wagner*

enthalten: ÖVP, Michael Egel, Schalek, Ing. Vesely

Beschluss: abgelehnt

Zu TOP 7) Subvention KOBV Ortsgruppe Leopoldsdorf und Umgebung

Bereits seit vielen Jahren unterstützt die Gemeinde den Kriegsoffer- und Behindertenverband mit einer Spende. Bgm. Steinmetz schlägt vor, auch heuer € 100,00 Subvention zu gewähren. GR Mag. Staudigl verlässt die Sitzung um 20.51 Uhr.

Bgm. Steinmetz stellt den

*Antrag: Der Gemeinderat möge die Subvention des KOBV Ortsgruppe
Leopoldsdorf und Umgebung in Höhe von € 100,00 beschließen.*

Abstimmungsergebnis: dafür: einstimmig (FPÖ, ÖVP, SPÖ)

Beschluss: angenommen

Zu TOP 8) Subvention Kostenbeitrag zur TBE Aubärenbände für Katharina und Philipp Motsch Schuljahr 2016/17

Die minderjährige Katharina Motsch ist seit 01. März 2017, der minderjährige Philipp Motsch seit 08. Feb. 2016 im Privatkindergarten im Schloss Eckartsau in Betreuung. Für den Zeitraum vom Eintritt bzw. ab 01. Sep. 2016 bis Ende August 2017 verrechnet die Gemeinde Eckartsau den ihr seitens des Landes NÖ angelasteten Infrastruktur- und Personalkostenanteil anteilig den Eltern weiter. Im Fall der Familie Motsch sind das für beide Kinder für das vergangene Schuljahr € 826,43. GR Mag. Staudigl nimmt wieder an der Sitzung teil.

Bgm. Steinmetz schlägt vor, entsprechend dem in der Gemeinderatssitzung vom 16. Okt. 2016 gefassten Beschluss, Familie Motsch die einmalige zweckgebundene Subvention in Höhe von € 30,00/Monat und Kind, gesamt also € 540,00, unter Hinweis darauf, dass aufgrund des Angebots der gemeindeeigenen TBE Untersiebenbrunn ab dem Schuljahr 2017/18 keine Förderungen mehr beschlossen werden, zu gewähren.

Vzbgm. Manfred Egel stellt den

*Antrag: Der Gemeinderat möge die einmalige Subvention der Familie
Motsch in Höhe von € 540,00 zweckgebunden für den Infrastruktur-
und Personalbeitrag der Gemeinde Eckartsau für den Besuch ihrer*

Kinder im Privatkindergarten Aubärenbände unter Hinweis darauf, dass künftig keine Subventionen gewährt werden, wenn die TBE Untersiebenbrunn freie Plätze hat, beschließen.

Abstimmungsergebnis: dafür: einstimmig (FPÖ, ÖVP, SPÖ)

Beschluss: angenommen

Zu TOP 9) Subvention Kostenbeitrag zur TBE Aubärenbände für Sarah Trunner Schuljahr 2016/17

Die minderjährige Sarah Trunner ist seit 15. Mai 2017 im Privatkindergarten in Eckartsau in Betreuung. Für den Zeitraum vom Eintritt bis Ende August 2017 verrechnet die Gemeinde Eckartsau den ihr seitens des Landes NÖ angelasteten Infrastruktur- und Personalkostenanteil anteilig den Eltern weiter. Im Fall der Familie Trunner sind das € 164,08.

Bgm. Steinmetz schlägt vor, gleichlautend zu TOP 8) vorzugehen.

Vzbgm. Manfred Egel stellt den

Antrag: Der Gemeinderat möge die einmalige Subvention der Familie Trunner in Höhe von € 120,00 zweckgebunden für den Infrastruktur- und Personalbeitrag der Gemeinde Eckartsau für den Besuch ihrer Kinder im Privatkindergarten Aubärenbände beschließen.

Abstimmungsergebnis: dafür: einstimmig (FPÖ, ÖVP, SPÖ)

Beschluss: angenommen

Zu TOP 10) Subvention Öffentliche Bücherei der Pfarre Untersiebenbrunn

Im Voranschlag 2017 sind € 400,00 als Subvention für die Bücherei vorgesehen. Bgm. Steinmetz spricht sich für die Gewährung in dieser Höhe aus.

Vzbgm. Manfred Egel stellt den

Antrag: Der Gemeinderat möge die Subvention der Öffentlichen Bücherei der Pfarre Untersiebenbrunn in Höhe von € 400,00 beschließen.

Abstimmungsergebnis: dafür: einstimmig (FPÖ, ÖVP, SPÖ)

Beschluss: angenommen

Zu TOP 11) Subvention Rotes Kreuz Marchegg für neue Rettungstransportwägen

Gemäß dem Ansuchen der Rot-Kreuz-Dienststelle und der zuletzt gewährten Förderung für einen Rettungstransportwagen in Höhe von € 2.000,00 könnte eine Subvention von € 4.000,00 für die beiden notwendigen Fahrzeuge angedacht werden. gfGR Dieter Dorner verlässt die Sitzung um 20.58 Uhr.

Vzbgm. Manfred Egel stellt den

Antrag: Der Gemeinderat möge die einmalige Subvention der Rot-Kreuz-Dienststelle Marchegg zweckgebunden für den Ankauf von zwei Rettungstransportwägen und einem EKG-Gerät in Höhe von € 4.000,00 beschließen.

Abstimmungsergebnis: dafür: einstimmig (FPÖ, ÖVP, SPÖ)

Beschluss: angenommen

Zu TOP 12) Subvention Tennisclub Untersiebenbrunn

Im Voranschlag 2017 sind € 400,00 als Subvention für den Tennisclub Untersiebenbrunn vorgesehen. Bgm. Steinmetz spricht sich für die Gewährung in dieser Höhe aus. gfGR Dieter Dorner nimmt ab 21.00 Uhr wieder an der Sitzung teil.

Vzbgm. Manfred Egel stellt den

Antrag: Der Gemeinderat möge die Subvention des Tennisclubs Untersiebenbrunn in Höhe von € 400,00 beschließen.

Abstimmungsergebnis: dafür: einstimmig (FPÖ, ÖVP, SPÖ)

Beschluss: angenommen

Prüfungsausschussvorsitzender GR Bmstr. Ing. Gerhard Zier ersucht den Finanzausschuss um Klarstellung, ob die Gebarung der Vereine weiterhin geprüft werden soll. grGR Ing. Vesely sagt zu, in der für Jänner 2018 geplanten Finanzausschusssitzung dieses Thema zu beraten und eine Empfehlung an den Gemeinderat auszusprechen.

Zu TOP 13) Touristischer Projektbeitrag

In der Vollversammlung des MAREV am 18. Sep. 2017 wurde der Beitritt zur Tourismusdestination Weinviertel ab 2018 beschlossen. Eine Anpassung des Mitgliedsbeitrags von € 3,40 auf € 4,00 pro Kopf und Jahr ist daher erforderlich.

Bgm. Steinmetz schlägt vor, die Zustimmung zum erhöhten Mitgliedsbeitrag zeitlich bis zur Ent-

scheidung hinsichtlich Landesausstellung 2021 zu beschränken. Sollte die Region die Landesausstellung nicht zugesprochen bekommen, soll der Mitgliedsbeitrag wieder auf € 3,40 pro Kopf und Jahr gesenkt werden. Dieser Vorschlag wurde im Finanzausschuss und Gemeindevorstand beraten und von beiden Gremien goutiert. Dem widerspricht gfGR Dieter Dorner unter Hinweis auf seine Meinung, dass sowohl MAREV als auch LEADER sinnlos und nur Geldverschwendung seien. Er bleibt dabei, gegen die Erhöhung zu stimmen. GR Steindl erkundigt sich, welche Mehrleistungen um € 0,60 erbracht werden. Dieser Anteil dient der Bewerbung um die Landesausstellung 2021 erläutert der Bürgermeister, die Abrechnung erfolgt via MAREV.

Bgm. Steinmetz stellt den

Antrag: Der Gemeinderat möge die Erhöhung des Mitgliedsbeitrags beim MAREV auf € 4,00/Kopf und Jahr – befristet bis zur Entscheidung über die bzw. zur Durchführung der Landesausstellung 2021 – beschließen. Die Bedeckung erfolgt aus den Einnahmen der Nächtigungstaxe und des Interessentenbeitrags Tourismus.

Abstimmungsergebnis: dafür: ÖVP, SPÖ

dagegen: FPÖ

Beschluss: angenommen

Zu TOP 14) Verordnung Freigabe Aufschließungszone BB

Aufgrund der Planungs- und Genehmigungsverfahren der Firmen AHD und Dorfinger sind die Bedingungen der Aufschließungszone BB-A erfüllt und kann die gekennzeichnete Fläche zur Bebauung freigegeben werden.

GR Eliasek verlässt die Sitzung um 21.11 Uhr und nimmt ab 21.13 Uhr wieder an der Sitzung teil.

gfGR Dieter Dorner und GR Bmstr. Ing. Gerhard Zier sprechen sich gegen die Aufhebung der Aufschließungszone im Ausmaß von nur 1000 m² aus; insbesondere GR Bmstr. Ing. Gerhard Zier möchte die gesamte Aufschließungszone heben. gfGR Dieter Dorner erkundigt sich nach Nachteilen für die Gemeinde. Bgm. Steinmetz erklärt wiederholt, dass für die Aufhebung der gesamten Aufschließungszone kein Betriebskonzept vorliegt, nur für die gekennzeichneten 1000 m².

gfGR Wagner stellt den

Antrag: Der Gemeinderat möge die Verordnung „Freigabe einer Aufschließungszone“ gemäß beiliegendem Entwurf beschließen.

Abstimmungsergebnis: dafür: SPÖ, Mag. Alexandra Dorner, Steindl

dagegen: Bmstr. Ing. Gerhard Zier

enthalten: Dieter Dorner, Eliasek, Dagmar Zier

Beschluss: angenommen

Zu TOP 15) Voranschlag 2018

Der Voranschlag ist in der Zeit vom 17. Nov. bis 01. Dez. 2018 öffentlich aufgelegt. Es ist von der Kassenverwalterin eine schriftliche Stellungnahme abgegeben worden, die sich auf die Auflistung der Darlehen bezieht. Bei zwei Krediten wurden in dieser Übersicht noch Zahlungsverpflichtungen angeführt, obwohl die Darlehen bereits beendet werden und auch im Haushalt keine Zahlungen mehr vorgesehen sind. Die Beilage zum Voranschlag „Schuldart I“ wird diesbezüglich korrigiert werden.

Bis dato sind für die Erstellung des ordentlichen Haushalts keine verbindlichen Voranschlagszahlen vom Land NÖ zugesandt worden, daher wurden diese Werte mit dem in der Voranschlagsberatung empfohlenen Faktor berechnet und aufgenommen.

Im außerordentlichen Haushalt liegen die Schwerpunkte auf dem Straßenbau, der Güterwegeinstandhaltung und dem Altstoffsammelzentrum.

Bgm. Steinmetz verweist auf die Finanzausschusssitzung und erteilt dem Vorsitzenden, gfGR Ing. Vesely, das Wort. Dieser beantwortet die Frage von GR Steindl nach der Rücklagenbildung für die Neuanschaffung eines Feuerwehrfahrzeuges im Jahr 2020 und korrigiert dessen Ansicht, dass der Mittelfristige Finanzplan nicht verbindlich sei. Der Bürgermeister weist auch darauf hin, dass die Nutzungsdauer für Feuerwehrfahrzeuge 25 Jahre ist, dass der im nächsten Jahr anzukaufende Bergesatz im neuen LKW eingesetzt werden wird und dass die „Allgemeine Rücklage“ für alle Zwecke verwendet werden kann.

GR Bmstr. Ing. Gerhard Zier zeigt sich über das Sparbuch „Feuerwehr“ überrascht, Bgm. Steinmetz bestätigt, dass es erst heuer angelegt wurde. gfGR Dieter Dorner fasst zusammen, dass der Schuldenstand um rund 400.000 Euro reduziert werden konnte und dass keine fremdfinanzierten Projekte geplant sind.

gfGR Ing. Vesely stellt den

Antrag: Der Gemeinderat möge den Voranschlag 2018 unter Einarbeitung der Stellungnahme der Kassenverwalterin beschließen.

Abstimmungsergebnis: dafür: einstimmig (FPÖ, ÖVP, SPÖ)

Beschluss: angenommen

Zu TOP 17) Subvention Musikverein Untersiebenbrunn

Im Voranschlag 2017 sind € 1.400,00 (wie auch in den letzten drei Jahren) als Subvention für den Musikverein Untersiebenbrunn vorgesehen. Bgm. Steinmetz spricht sich für die Gewährung in dieser Höhe aus.

Vzbgm. Egel stellt den

Antrag: Der Gemeinderat möge die Subvention des Musikvereins Untersiebenbrunn in Höhe von € 1.400,00 beschließen.

Abstimmungsergebnis: dafür: einstimmig (FPÖ, ÖVP, SPÖ)

Beschluss: angenommen

Der Bürgermeister dankt den Gästen für ihr Interesse und wünscht ihnen einen schönen Abend und schöne Feiertage.

Zu TOP 16) Personalangelegenheiten

Dieser Tagesordnungspunkt wird in nicht öffentlicher Sitzung behandelt. Das Protokoll wird bei den nicht öffentlichen Sitzungen abgelegt.

Der Bürgermeister dankt den Mitgliedern des Gemeinderats für ihre Teilnahme an der Sitzung und schließt die Sitzung um 21.42 Uhr.

